

Opel sieht Chance in Russland

FRANKFURT sda. Der angeschlagene Autobauer Opel will durch die Erschliessung neuer Märkte zurück zu alter Stärke. Dies sagte Opel-Interimschef Thomas Sedran in einem Interview mit der deutschen «Wirtschaftswoche» laut Vorabbericht vom Samstag. «Für mich ist Russland der Markt, in dem wir deutlich mehr machen müssen, wo wir als deutsche Marke einen guten Ausgangspunkt haben. Gleiches gilt für die Türkei», sagte Sedran. Steigende Exporte sollen Opel demnach auch über die Krise in Europa hinweghelfen. In der EU wurden zuletzt so wenige Autos verkauft wie seit 1993 nicht mehr. Aber auch in Europa wollen die Autobauer in die Erfolgsspur zurückkehren: «Wir wollen die zweitgrösste PKW-Marke in Europa werden», sagte Sedran. Derzeit liegt Opel in Europa hinter VW und Renault auf dem dritten Platz.

Verkäufe in China erhöhen

Nach dem angekündigten Aus der Autoproduktion in Bochum hatten Politiker wie der deutsche Wirtschaftsminister Philipp Rösler dem Opel-Mutterkonzern General Motors vorgeworfen, er verhindere Exporte in wichtige Wachstumsmärkte wie China. Sedran sagte, Opel arbeite an einem Konzept, um die Verkäufe in China zu erhöhen. Allerdings könne in China nur erfolgreich sein, wer dort auch produziere. «Das hilft Werken in Europa herzlich wenig.» Derzeit verkauft Opel in China nur etwa 5000 Autos jährlich.

Sorgen um EU-Konjunktur

BERLIN sda. Die Europäische Zentralbank (EZB) befürchtet, dass sich die Konjunkturschwäche in vielen Krisenländern auf ganz Europa ausbreitet. «Es gibt eine Reihe von Hinweisen darauf, dass die Konjunktur schwächer wird, nicht nur in den verschuldeten Staaten im Süden, sondern auch im Rest des Euroraums.» Dies sagte der finnische Notenbankchef Erkki Liikanen der deutschen Zeitung «Welt am Sonntag». Niemand sei von den Herausforderungen in Folge der Schuldenkrise ausgenommen, auch Deutschland nicht. «Die konjunkturelle Entwicklung bereitet uns Sorgen», sagte das Ratsmitglied der Europäischen Zentralbank.

Kein Vorbild bei Geldwäscherei

FINANZPLATZ Steuerhinterziehung soll in der Schweiz bekämpft werden wie Geldwäscherei. Doch gerade der Schweizer Umgang mit Geldwäschern wird scharf kritisiert.

SERMIN FAKI
sermin.faki@zentralschweizamsonntag.ch

BDP-Präsident Martin Landolt ist überzeugt: Gehen wir in Sachen Steuerhinterziehung so vor wie bei der Geldwäscherei, stehen wir bei künftigen Anfeindungen gut da», sagt der Glarner einen Tag nachdem «seine» Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf die Eckpunkte der bundesrätlichen Weissgeldstrategie vorgestellt hat. Diese will die Banken gesetzlich verpflichten, im Rahmen einer Selbstregulierung sicherzustellen, dass keine un versteuerten Gelder mehr angenommen werden. Dazu will ihnen der Bundesrat bestimmte Sorgfaltspflichten auferlegen, deren Einhaltung von der Finanzmarktaufsicht (Finma) kontrolliert wird. Auf diese Weise ist schon heute die Bekämpfung der Geldwäscherei geregelt.

Erfolg versprechendes Vorgehen

Bei Banken und bürgerlichen Politikern herrscht Zufriedenheit. «Die Schweiz ist heute schon kein sicherer Hafen mehr für Steuerhinterzieher. Mit einer von der Finma überprüften und regelmässig kontrollierten Selbstregulierung stellen wir das auch für die Zukunft sicher», sagt FDP-Präsident Philipp Müller. Auch Finanzministerin Widmer-Schlumpf gab sich zuversichtlich, dass ein analoges Vorgehen wie bei der Geldwäscherei erfolgversprechend sei. Bei deren Bekämpfung habe die Schweiz einen guten Ruf.

Das sehen Nichtregierungsorganisationen anders. «Der Ruf der Schweiz ist nicht gut, sondern höchstens mittelmässig», sagt Bruno Gurtner, Präsident von Tax Justice Network Schweiz. So habe es noch Anfang Jahr heftige Kritik von Seiten der Egmont Group gegeben. Die Egmont Group ist ein weltweiter Zusammenschluss von 127 Geldwäschereibehörden. Weil die Schweiz in vielen Fällen keine Amtshilfe leistete, drohte ihr gar der Ausschluss aus der Gruppe. «Grund dafür war das Bankgeheimnis», sagt Gurtner.

Diese Kontroverse ist laut Gurtner nicht die einzige. «Es gab und gibt massive Kritik, dass die Aufsicht über die Einhaltung der Sorgfaltspflichten nicht genügt», sagt er. «Immer wieder



Ein Blick in die Kundenhalle einer Grossbank an der Zürcher Bahnhofstrasse. Schweizer Banken sollen sicherstellen, dass keine un versteuerten Gelder mehr angenommen werden.

Keystone/Martin Ruetschi

kommen Skandale ans Licht.» Einer der letzten stammt aus dem Oktober. Über zwei Brüder auf dem Bankenplatz Genf wurden Drogengelder gewaschen. Sogar eine französische Politikerin wurde der Geldwäscherei verdächtigt.

Der Teufel steckt im Detail

Für Gurtner ist klar: «Fälle wie dieser beweisen, dass das System nicht wasserdicht ist.» Auch Finma-Direktor Patrick Raaflaub musste im Interview mit der NZZ zugeben: «Bei Verfahren finden wir immer wieder Verhaltensweisen, die es nicht geben sollte.»

Ähnliches vermutet Gurtner auch nun im Fall der Weissgeldstrategie. «Erste Reaktionen aus dem Ausland zeigen, dass dahinter nur eine erneute Schlaumeierei vermutet wird», sagt er. Nicht

allein: Auch der SP-Fraktionschef Andy Tschümperlin beklagt, dass die Schweiz «einmal mehr auf Zeit spielt». Statt endlich eine Vorwärtsstrategie zu entwickeln, bewege sich der Bundesrat nur, wenn das Gängelband des Auslands, an dem die Schweiz hänge, fest zugezogen würde. «Dabei ist das völlig unnötig», so der Schwyzer Nationalrat. «Gegenüber den USA ist man ohnehin schon weiter gegangen.» Selbst FDP-Präsident Müller räumt ein, der Teufel der Selbstregulierung stecke im Detail. Naiv dürfe man nicht sein: «Banken werden sich sackstrenge Regeln auferlegen müssen.»

Banken räumen bereits auf

Ein weiterer Kritikpunkt an der Weissgeldstrategie betrifft den Umstand, dass damit nur künftige Geldzuflüsse kont-

rolliert werden. Der Zürcher SVP-Nationalrat Hans Kaufmann forderte darum, dass die gesamten Kontobestände durchforstet werden. Das stösst bei Müller auf Vorbehalte: «Neugelder und Altlasten darf der Gesetzgeber nicht vermischen. Das würde gegen Treu und Glauben verstossen», sagt er. Wenn die Banken von sich aus tätig werden wollen, dürften sie das natürlich. «Einige Banken sind ja bereits am Aufräumen», sagt er. BDP-Präsident Landolt, der bei der UBS angestellt ist, bestätigt dies: «Viele Banken werden die Sorgfaltspflichten wohl auch auf Altgeld anwenden.» Neugelder bedeuteten nämlich nicht Neukunden. Sollte ein Kunde im Rahmen einer Transaktionsprüfung auffällig werden, «wird man ihm nahelegen, sich eine andere Bank zu suchen.»

Wenn der Schiedsrichter zu sehr ins Spiel eingreift

In London, New York und Tokio werden die Finanzmärkte von Behörden reguliert, denen es stets auch um das Wohlergehen geht. Wirtschaftliche Prosperität beginnt mit der Freiheit und Verantwortung des Ein-

zelnen. Die Regulierung sollte auf diesem Grundsatz aufbauen. In der Schweiz sitzen die entscheidenden Behörden nicht in Genf, Basel oder Zürich, sondern in Bern.

Fernab von wirtschaftlichen Fragestellungen, durchgefüttert von Subventionen und sattgestopft mit explodierenden Gebühren, gegen die der Preisüberwacher längst eine Untersuchung hätte einleiten müssen. Bern mit seiner Gemächlichkeit ist nicht wirtschaftsfeindlich, sondern im Grundprinzip wirtschaftsfremd. So wird in Gremien über das Wohl von Kundinnen und Kunden entschieden, in denen noch kein einziges Mitglied je ein Kundengespräch geführt, einen Kontoeröffnungsprozess durchgemacht oder eine Finanzplanung erarbeitet hat. Vordergründig geht es der Finanzmarktaufsicht Finma um Anlegerschutz, wenn sie die Kollektivkapitalanlageverordnung revidiert. Auch der Vertriebsbericht und die schweizerische Auslegung der EU-Finanzmarkttrichtlinie (Mifid 2) sollen nur zum Kundenwohl umgesetzt werden. Im Hintergrund wirkt allerdings mit, dass der Finma-Direktor öffentlich verlauten liess, die Schwäche der Banken als «Opportunitätsfenster»

zu nutzen, um möglichst viel und breit zu regulieren. Der Widerstand war bislang in der Tat gering. Der Erfolg des koordinierten Branchenvorgehens in der jüngsten Gesetzgebung (KAG-Revision) zeigt jedoch, dass auch dem Machtgebaren der Finma Grenzen gesetzt werden können.

Ein Schiedsrichter, der geliebt sein will, hat den Beruf verfehlt. Ein Spieler, der teils sogar mitten im Spiel die Regeln ändert, ist besonders unbeliebt, aber auch mächtig; deshalb halten die Spieler den Mund zu. Der Schiedsrichter muss sich nicht rechtfertigen, auch nicht seine allenfalls

«Bern mit seiner Gemächlichkeit ist im Grundprinzip wirtschaftsfremd.»

veränderte Regelinterpretation, die er in versteckten Ecken seiner Website lapidar unter «Fragen und Antworten» versteckt. In der Finanzbranche kann er noch über die Spielerbewilligungen und selbst Details wie Klubname und Trikotfarbe entscheiden. Wenn's ihm nicht passt, bleibt ein Gesuch jahrelang liegen. Wie das Spiel ausgeht, muss ihn nicht kümmern. Die Spieler mögen

verunsichert sein, der Trainer verärgert, mancher Vorstand sieht sich seiner Investitionsbemühungen beraubt. Schiedsrichter und Assistenten erhalten ihren Lohn, unabhängig von der Attraktivität des Spiels. Da gibt es noch

AUSSICHTEN

die Anleger. Ist ihnen gedient, wenn man aus einem empathischen Kundendialog eine administrierte Checklisten-Compliance-Erfüllungs-Erörterung macht? Die Checklisten, gespeichert in Dokumentationspflicht- und Kundenbestätigungserfassungs-Datenbanken, die wohl auch nächstes Jahr das IT-Budget obsolet werden lassen, nützen dem Kunden nichts, obwohl gerade der Regulator ihm darin eine besondere «Schutz»-Funktion zugeordnet hat.

Die Bankkunden werden immer stärker mit hochtransparenten Pflichtinformationen überladen, sodass letztlich ein geringeres Verständnis der wirklich zentralen Punkte zu schlechteren Entscheidungen führt. Kernthemen wie etwa die fehlende strategische Allokation besonders bei kleinen Vermögen und der drohende Realwertverlust mit einem Grossteil der klassischen Anlageklassen werden nicht angegangen. Einige Banken erwägen, die Beratung für kleinere Vermögen einzustellen, da sie nicht mehr profitabel betrieben werden

kann. Eine Finanzplanung kann honorarbasierend erfolgen. Darin liegt aber genau auch die Gefahr. Die Wenigvermögenden sparen an einer guten Beratung und erzielen entsprechende Verluste. Aber auch bei den Vermögenden ist dies nicht von der Hand zu weisen. Wenn jemand in einem umfassenden Gespräch nicht nur einem, sondern aus Qualitätsgründen gleich zwei Kundenberatern gegenüber sitzt, soll er dann die doppelte Gebühr verzichten? Wenn er ein paar Tage später nochmals zu einem Kaffee vorbeikommt, um eine Kleinigkeit noch zu ergänzen und man anschliessend über Gott und die Welt zu reden beginnt, soll dann eine Honorarnote verschickt werden? Das alles wird in der Wirtschaftsfremde geregelt und schränkt unsere Handlungsfreiheit ein. Ironischerweise hatte die Aufsicht selber schon früh vorausgesehen, dass die Finma als Megabehörde rechtsstaatlich problematisch werden könnte. Aber wen kümmert das schon?

Eines ist gewiss: Fussball ohne Zuschauer macht keine Freude, ausser vielleicht dem Schiedsrichter. Aber soll es in der Finanzbranche auch so weit kommen?

MAURICE PEDERGNANA

HINWEIS

► Maurice Pedernana (48) ist Professor für Banking & Finance an der Hochschule Luzern – Wirtschaft und Studienleiter am Institut für Finanzdienstleistungen Zug IFZ. ◀

